

# Appell zum Schutz von Verschlüsselung für die Gesellschaft

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dobrindt,

Verschlüsselung ist eine unverzichtbare Technologie für die Sicherheit Deutschlands und der EU. Als Voraussetzung für sichere und vertrauliche Kommunikation im digitalen Zeitalter ist Verschlüsselung das Fundament, auf dem sowohl die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen als auch die Resilienz von demokratischen Institutionen aufgebaut sind. Als zivilgesellschaftliche Initiative appellieren wir darum an Sie, sich für den Schutz von Verschlüsselung einzusetzen.

Die Europäische Kommission hat am 11. Mai 2022 den Entwurf einer „**Verordnung zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern**“ (CSA-Verordnung) vorgelegt. Es ist unbestritten, dass Kindern vor sexualisierter Gewalt geschützt werden müssen, und dass Staat und Gesellschaft hier entschieden agieren müssen. Eine Vielzahl an Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen hat aber festgestellt, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen dieses Ziel nicht effektiv oder verhältnismäßig erreichen würden.<sup>1 2</sup>

Stattdessen würden mit der sogenannten **Chatkontrolle** – welche der Kritik an dem Gesetzesvorschlag ihren Namen gegeben hat – die IT-Sicherheit und Privatsphäre aller Menschen in der EU anlasslos und massenhaft unterminiert. Ein solcher Eingriff in die Grundrechte aller Menschen, einschließlich Betroffener, wäre auch **nach Ansicht des Deutschen Kinderschutzbundes für den effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt nicht zielführend.**<sup>3</sup>

Die Bestrebungen der Europäischen Kommission würden das Ende verschlüsselter und vertraulicher Kommunikation bedeuten. In einer Zeit der täglich zunehmenden Cyberangriffe würde dies nicht nur einen massiven Eingriff in die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger bedeuten, sondern auch **immense Gefahren im Bereich der Cybersicherheit** mit sich bringen.

Der Gesetzesvorschlag sieht das Scannen sämtlicher Nachrichteninhalte aller Bürgerinnen und Bürger vor. Mit dem Fernmeldegeheimnis und dem Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme setzt die Chatkontrolle gleich zwei fundamentale Grundrechte außer Kraft. Nutzerinnen und Nutzer verlieren die Kontrolle darüber, welche Daten sie wie mit wem teilen. Sie verlieren das Grundvertrauen in ihre eigenen Geräte.

Des weiteren schießen die vorgesehenen Maßnahmen am Ziel vorbei. Kriminelle nutzen bereits heute alternative Kommunikationswege, die nicht von der Verordnung erfasst wären oder diese umgehen. Außerdem verschlüsseln sie ihre Daten zusätzlich, wodurch sie den geplanten Scans leicht entgehen können. Stattdessen würden unzählige Unschuldige betroffen. **Selbst geringe Fehlerquoten der eingesetzten KI-Systeme würden zu massenhaften Falschmeldungen führen.**<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschuss Digitales zur Chatkontrolle, 1. März 2023: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw09-pa-digitales-928540>

<sup>2</sup> Sammlung Stellungnahmen und Gutachten zur Chatkontrolle (Übersichtsseite auf Englisch): <https://edri.org/our-work/most-criticised-eu-law-of-all-time/>.

<sup>3</sup> Stellungnahme Kinderschutz Bundesverband e.V. zur öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschuss Digitales zur Chatkontrolle, 1. März 2023: <https://www.bundestag.de/resource/blob/935798/Stellungnahme-Tuerk.pdf>

<sup>4</sup> Stellungnahme Chaos Computer Club zur öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschuss Digitales zur Chatkontrolle, 1. März 2023: <https://www.bundestag.de/resource/blob/935528/Stellungnahme-Eickstaedt.pdf>.

So würden Ermittlungsbehörden überlastet und von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten.

In der Vergangenheit sind insbesondere Jugendliche selbst verdächtigt worden - auch wenn diese einvernehmlich miteinander kommuniziert haben.<sup>5</sup> Eine repräsentative Umfrage hat gezeigt, dass zwei Drittel der Jugendlichen in der EU die Chatkontrolle ablehnen.<sup>6</sup>

Als Vertretung der Zivilgesellschaft sind wir zutiefst besorgt über die drohenden Konsequenzen für unsere Demokratie. **Die Chatkontrolle wäre nicht vereinbar mit europäischen Grundrechten und dem Grundgesetz.** Dies haben zahllose Gutachten bestätigt, einschließlich solche der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages,<sup>7</sup> des Europäischen Parlaments<sup>8</sup> und des Rates der EU<sup>9</sup>. Eine allgemeine und anlasslose Überwachung der privaten Kommunikation ist mit dem Recht auf Privatsphäre und dem Schutz personenbezogener Daten unvereinbar.

Im Moment läuft das Gesetzgebungsverfahren zur CSA-Verordnung in den EU-Institutionen. Aufgrund der zahlreichen Bedenken an der Chatkontrolle hat das Europäische Parlament eine Position verabschiedet, welche sich gegen eine anlasslose Chatkontrolle wendet und stattdessen auf zielgerichtete Ermittlungsbefugnisse und auf dringend notwendige Maßnahmen zur Prävention solcher Taten und zur Unterstützung von betroffenen Kindern und Jugendlichen setzt. Im Rat der EU ist auch nach mehreren Anläufen bislang keine Einigung erfolgt.

**Nach unserem Kenntnisstand hat sich die Deutsche Bundesregierung stets konstruktiv in die Verhandlungen im Rat der EU eingebracht. Die von Deutschland bisher vorgetragene Position ist die Forderung effektiven Kinderschutz und gleichzeitig das Recht auf sichere Verschlüsselung sicherzustellen. Wir appellieren an Sie, Herr Innenminister Dobrindt, an dieser klaren Position und damit an der Ablehnung der Chatkontrolle festzuhalten.**

Statt auf ineffektive und grundrechtswidrige Überwachungsmaßnahmen zu setzen, welche die Cybersicherheitslage in Deutschland massiv verschlechtern würden, sollten wir in den Ausbau der Ermittlungskapazitäten und in die Stärkung von Institutionen investieren, die sich aktiv für den Schutz von Kindern einsetzen.

Mit diesem Brief möchten wir Sie zum direkten Austausch zu dem Thema einladen und anbieten, auch im weiteren Gesetzgebungsverfahren mit unserer Expertise zur Verfügung zu stehen.

Für das Bündnis **Chatkontrolle STOPPEN!**

---

<sup>5</sup> Interview mit Prof. Dr. Thomas-Gabriel Rüdiger, Leiter des Instituts für Cyberkriminalologie an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg : <https://netzpolitik.org/2023/kriminalpraevention-dontsendit-wie-minderjaehrig-unter-kinderpornografie-verdacht-geraten/>.

<sup>6</sup> Repräsentative Umfrage unter 8000 Jugendlichen zwischen 13-18 Jahren aus 13 Ländern in Europa: <https://netzpolitik.org/2023/europaweite-umfrage-zwei-drittel-aller-jugendlichen-gegen-chatkontrolle/>.

<sup>7</sup> Wissenschaftlicher Dienst Bundestag: <https://www.bundestag.de/resource/blob/914580/9eba1ff3a5daa7708fca92e3184a1ae3/WD-10-026-22-pdf-data.pdf>.

<sup>8</sup> Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS): [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/740248/EPRS\\_STU\(2023\)740248\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/740248/EPRS_STU(2023)740248_EN.pdf).

<sup>9</sup> Juristischer Dienst des Rates der Europäischen Union: <https://www.bitsoffreedom.nl/wp-content/uploads/2023/05/20230426-opinion-legal-services-on-csar-proposal.pdf>.

# Appell zum Schutz von Verschlüsselung für die Gesellschaft

Mitzeichnende Organisationen:

- Amnesty International Deutschland
- Chaos Computer Club
- CILIP / Bürgerrechte und Polizei
- D64 - Zentrum für Digitalen Fortschritt
- Dachverband der Fanhilfen
- Datenpunks
- Datenpunks Bremen
- Deutsche Vereinigung für Datenschutz e.V. (DVD)
- Deutscher Fachjournalistenverband (DFJV)
- Digitale Freiheit
- Digitale Gesellschaft e.V.
- Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF e.V)
- Frauen Computer Zentrum Berlin e.V. (FCZB)
- Gesellschaft für Informatik (GI)
- Giordano-Bruno-Stiftung (gbs)
- Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit e.V.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- LOAD e.V. - Verein für liberale Netzpolitik
- Kleindatenverein
- MOGIS e.V. - eine Stimme für Betroffene
- SUPERRR Lab
- Whistleblower-Netzwerk